

Buchbesprechungen

Eberhard Schmidt

Ordnungsfaktor oder Gegenmacht?

Die politische Rolle der Gewerkschaften. Suhrkamp Verlag, Frankfurt 1971, es 487, 341 S., broschiert 8,— DM.

Der *Spiegel* (Nr. 22/1971) betitelt seine Rezension, verfaßt von dem ehemaligen DGB-Vorsitzenden *Ludwig Rosenberg*, mit den sicherlich abwertend gemeinten Worten: „In Linkskreisen modern“. Unfreiwillig wird aber auf einen wichtigen Zusammenhang hingewiesen: Eberhard Schmidt hat seine Studie nicht isoliert veröffentlicht, sondern er hat die Zwischenbilanz öffentlich geführter Diskussionen gezogen, die in losen Gruppen von gewerkschaftlich organisierten Wissenschaftlern, Vertrauensleuten und Betriebsräten seit Jahren bundesweit geführt werden. Der Rezensent im *Spiegel* zieht den Schluß, der größte Teil des Buches sei überflüssig; ich meine dagegen, daß Schmidt, der von 1966 bis 1970 Pressereferent beim Vorstand der IG Metall war und heute als „Gewerkschafter in der Distanz“ lebt, das bisher ergiebigste Buch zur Rolle der Gewerkschaften in der kapitalistischen Gesellschaft der BRD geschrieben hat. Es ist Grundlage für die weiteren Erörterungen gewerkschaftlicher Theorie und Praxis all der Kollegen, die unterhalb der Vorstandsetagen gewerkschaftliche Politik zu beeinflussen suchen.

Für Schmidt sind die Gewerkschaften in der BRD auf Grund ihrer geschichtlichen Entwicklung, ihrer Organisationsstruktur, des Bewußtseins ihrer Mitglieder und ihrer allgemeinen Funktion als Selbsthilfe- und Widerstandsorganisation im Kapitalismus keine revolutionären Zusammenschlüsse; sie sind eng an die bestehende Gesellschaftsordnung gebunden;

aber im Rahmen dieser Bindung gibt es für die Gewerkschaftspolitik die Alternative: autonome Verteidigung der Arbeitnehmerinteressen oder Integration in die herrschende Ordnung (vgl. S. 198 f.). Diese These stützt sich auf eine längere Diskussion, die ihren publizistischen Niederschlag u. a. in der Festschrift für *Otto Brenner*, Frankfurt 1967, gefunden hat (vgl. z. B. *Fritz Opel*: Gewerkschaften zwischen Integration und Evolution; *Jürgen Seifert*: Gegenmacht in der Verfassungsordnung). In allerjüngster Zeit hat der gegenwärtige DGB-Vorsitzende *Heinz O. Vetter* in seiner Rede auf dem dritten außerordentlichen Kongreß des DGB gleichfalls die doppelte Aufgabe der Gewerkschaften angesprochen: Schutz- und Selbsthilfeorganisation *und* politische Bewegung.

Auf diese zweitgenannte Funktion der Gewerkschaften kommt es Schmidt an. Hierfür muß die Gewerkschaftspolitik unabhängig von der wirtschaftlichen und staatlichen Macht entwickelt und betrieben werden. Sie benötigt gesellschaftliche Phantasie und den Mut, überkommene Verhältnisse und Wertvorstellungen — auch die der eigenen Organisation — immer wieder in Frage zu stellen. Autonome Gewerkschaftspolitik bringt „nicht automatisch eine Veränderung der Gesellschaft zustande“ (S. 199), aber sie zeichnet ein Gegenbild zur Kapitalmacht und setzt einen Prozeß der Politisierung unter der Arbeitnehmerschaft in Gang. Beides ist notwendige Voraussetzung für eine Systemänderung.

Schmidt unternimmt einen der wenigen Versuche (erwähnenswert scheinen daneben nur die völlig überarbeitete dritte Auflage von *Hans Limmer*, die deutsche Gewerkschaftsbewegung, München 1970, und Teile von *Wolfgang Hirsch-Weber*, Gewerkschaften in der Politik, Köln 1959), die bundesrepublikanischen Gewerkschaften nach dem zweiten Weltkrieg zu beschreiben. Ihm gelingt auf knapp 70 Seiten die Klärung, wie aus Selbsthilfe- und Wider-

Standsorganisationen der Arbeiterbewegung im Laufe der *Nachkriegsentwicklung* Stützen einer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung wurden, in der sich ein „dynamisch entfaltender neuer Kapitalismus“ (S. 27) etablierte.

Die erste Entwicklungsetappe war gekennzeichnet durch vergebliche Versuche, alternative Vorstellungen zur Restauration der alten Besitz- und Machtverhältnisse durchzusetzen. Auf dem Hintergrund des zusammengebrochenen Faschismus und der katastrophalen Notlage der Bevölkerung gelang es den Gewerkschaften — trotz ihrer breiten Mitgliedschaft — nicht, sich gegen die restaurative Politik der Besatzungsmächte und ihrer deutschen Verbündeten durchzusetzen. (Diese Auseinandersetzungen, in denen die Gewerkschaftsführungen die Machtprobe scheuten, beschreibt Eberhard Schmidt in seinem ersten Buch ausführlich — Die verhinderte Neuordnung 1945 bis 1952, Frankfurt 1970).

Die Verabschiedung des Betriebsverfassungsgesetzes 1952 markierte den Abschluß der Bemühungen um eine grundlegende Neuordnung der Wirtschaftsverfassung der BRD. In den folgenden fünfziger Jahren zogen sich die Gewerkschaften stärker auf das Gebiet der Tarif- und Sozialpolitik zurück, das sie im Zeichen des Kampfes um Mitbestimmung vernachlässigt hatten (S. 47). In dieser zweiten Etappe wurde zwar von expansiver Lohnpolitik gesprochen — aber im Zuge der günstigen Konjunktur-entwicklung verzichtete man weitgehend auf eine Mobilisierung der Mitglieder (S. 79).

In den sechziger Jahren aktivierte die Kampagne gegen die Notstandsgesetze zwar erneut die gewerkschaftliche Opposition in der BRD, scheiterte aber, als es nicht gelang, den politischen Impuls auch unter den abhängig Beschäftigten zu verbreiten (S. 80).

Mit der Rezession 1966/67 begann schließlich eine vierte, weiterhin andauernde Entwicklung: „die vorläufig weitestgehende Integration in die Institutionen der neokapitalistischen Wirtschaftspolitik“ (S. 80). Nach Schmidt akzeptieren die Gewerkschaften seit dem Eintritt der SPD in die Regierung die staatliche Einkommenspolitik. Konzertierte Aktion, Lohnleitlinien und andere gesamtwirtschaftliche Instrumente, die der privaten Kapitalverwertung dienen, setzen Daten, die zwar nicht de jure aber de facto befolgt werden. Die Septemberstreiks 1969 machten deutlich, daß Teile der organisierten Arbeiterschaft sich vorübergehend entschlossen zeigten, „ihre Interessen autonom zu verteidigen“ (S. 80).

So stellt sich die Beschreibung der Entwicklung der Gewerkschaften als Voraussetzung für das Verständnis auch der spontanen Streiks dar.

Schmidt gibt einen chronologischen und einen systematischen Überblick über die *September-*

streiks 1969. Zu den wirtschafts- und gewerkschaftspolitischen Ursachen kam noch ein Bündel betrieblicher Anlässe hinzu (S. 116). Die Streikbewegung hatte von der Eisen- und Stahlindustrie auf den Bergbau, die Werften, die metallverarbeitende Industrie, den öffentlichen Dienst und die Textilindustrie übergreifen; insgesamt erfaßten die Streiks mindestens 140 000 Arbeiter und Angestellte (Seite 103).

In der Organisationsfrage ergaben sich — etwa im Vergleich zur Maibewegung in Frankreich — erst schwache Ansätze zur Selbstbestimmung (S. 119). Im Vordergrund der Forderungen standen eindeutig höhere Löhne, aber meist wurden statt prozentualer lineare Steigerungsraten gefordert; diese Forderung hatte zwar keinen unmittelbar politischen Charakter, aber sie widerspricht der herrschenden Leistungsgesellschaft (S. 124). Hervorzuheben ist schließlich noch die Tatsache, daß den Septemberstreiks überwiegend die Unterstützung des gewerkschaftlichen Apparates fehlte (Seite 116).

Dieser Teil des Schmidtschen Buches kann gleichsam als kritische Auswertung der drei weit umfangreicheren Untersuchungen (Institut für Marxistische Studien und Forschungen, IMSF, Frankfurt 1969; Institut für angewandte Sozialwissenschaft, Infas, Bad Godesberg 1970 und Soziologisches Forschungsinstitut an der Universität Göttingen, SoFi, Frankfurt 1971) gelten. In seinem Dokumentationsteil veröffentlicht der Verfasser eine Auswahl von Flugblättern, Betriebszeitungen, Stellungnahmen, Presseberichten und Analysen, die diesen Berichtsteil anschaulich ergänzen.

Das Buch enthält nicht nur historische Beschreibung und systematische Bewertung der Septemberstreiks, sondern es werden auch Konsequenzen für eine Gewerkschaftspolitik gezogen, die sich nicht mit der Rolle eines Ordnungsfaktors im bestehenden System zufriedengibt. Kern der Folgerungen ist die Forderung nach einer *betriebsnahen Gewerkschaftspolitik*, die eine größtmögliche Zahl an abhängig Beschäftigten mobilisieren und Gegenmachtpositionen im organisierten Kapitalismus aufbauen soll. Für Schmidt umfaßt betriebsnahe Gewerkschaftspolitik vor allem die folgenden Teilstrategien (S. 170):

- betriebsnahe Tarifpolitik,
- betriebsnahe Bildungsarbeit und
- Mitbestimmung von Arbeitsgruppen am Arbeitsplatz.

Hauptträger dieser Politik sollen die *gewerkschaftlichen Vertrauensleute* in den Betrieben werden, die allerdings wesentlich mehr Freiheitsräume von der Unternehmerseite und mehr Rechte innerhalb der Gewerkschaftsorganisation sich erkämpfen müssen. Dadurch würden sowohl der Selbsttätigkeit der betrof-

fenen Arbeitnehmer größere Chancen eingeräumt als auch die Politik der Gewerkschaften in die betriebliche Praxis unmittelbar umgesetzt.

Die detaillierte Konzeption der Teilstrategien — wie sie Schmidt auf S. 170 ff. entwirft — kann hier nicht wiedergegeben werden; sie wird auch bereits seit längerem in der einschlägigen Literatur diskutiert (vgl. u. a. *Reinhard Hoffmann*, Rechtsfortschritt durch gewerkschaftliche Gegenmacht, Frankfurt 1968). Allerdings dürfen die Widerstände von sehen der offiziellen Gewerkschaftspolitik gegenüber den drei Teilstrategien nicht unerwähnt bleiben:

Eine aktive Einbeziehung der Vertrauensleute in die Tarifpolitik wird vor allem in der IG Chemie von einer zunehmenden Zahl von Gewerkschaftern gefordert, hat sich aber in den Tarifbewegungen nach 1969 bis heute nicht durchsetzen können.

Die seit Jahren, insbesondere in der IG Metall versuchte betriebsnahe Bildungsarbeit stößt immer wieder auf Unbehagen in den Gewerkschaftsführungen; dabei wird Politisierung der Arbeitnehmer durch das Aufzeigen exemplarischer Konflikte in den Betrieben mit „ideologischer Ausrichtung“ (so auch Kollege *Rosenberg* in der *Spiegel-Rezension*) zu diffamieren versucht.

Obleich zur Mitbestimmung durch Arbeitsgruppen in den Betrieben der BRD so gut wie keine praktischen Erfahrungen, sondern lediglich theoretische Konzepte vorliegen, hat sich die Mehrheit in den Gewerkschaftsvorständen bisher ablehnend gegenüber dieser Form der Mitbestimmung geäußert (vgl. *Fritz Vilmar*, Die Mitbestimmung am Arbeitsplatz in: *Gewerkschaftsspiegel*, H. 7/1971).

Festzuhalten ist, daß Schmidt die Macht der Gewerkschaftsbewegung „in der dialektischen Beziehung von zentraler Verhandlungsmacht und autonomer Betriebspolitik“ (S. 168) sieht. Betriebsnahe Gewerkschaftspolitik ist durch zwei miteinander verbundene Formen des Kampfes charakterisiert: „Auf der betrieblichen Ebene kämpfen die Arbeiter und Angestellten mit Unterstützung der Gewerkschaften für eine Verbesserung ihrer Arbeits- und Entlohnungsbedingungen, letztlich für die Kontrolle über den Produktionsprozeß. Die ... betrieblichen Kämpfe stärken, wie nicht zuletzt die Septemberstreiks bewiesen haben, die zentrale Verhandlungsmacht der Gewerkschaften“ (S. 168 f.).

In der Gesamtbeurteilung des sowohl in Arbeitskitteln als auch Anzugtaschen leicht mitzuführenden Taschenbuches soll auch auf seine Grenzen hingewiesen werden. Eberhard Schmidt selbst versteht es lediglich als „Vorbereitung zu einer Theorie der Gewerkschaften im Neokapitalismus“. Insbesondere zwei Aspekte

scheinen mir in dieser ersten Auflage unzureichend berücksichtigt: Einmal wird die *sich wandelnde Rolle des Staates* in ihren Auswirkungen auf die gewerkschaftliche Strategie nur angedeutet (vgl. S. 196). Zum anderen bleibt die *multinationale Kapitalkonzentration* und die europäische Integration in ihren Einflüssen auf die gewerkschaftliche Organisation in Großunternehmen undiskutiert.

Dieser Mangel, der allerdings auch von bisher keinem anderen Autor in vergleichbarem Rahmen behoben ist, verhindert nicht das Prädikat „sehr lesenswert“. Schmidt ist zudem nicht bei der Kritik der Machtzentren — bestehend aus Kapitalbesitz und verselbständigten Leitungen von Großorganisationen — stehen geblieben, sondern er gibt Anleitungen für Änderungen der gewerkschaftlichen Praxis:

„Aufgabe der innergewerkschaftlichen Opposition, der aktiven betrieblichen Kader und der kooperationsbereiten, außerbetrieblichen sozialistischen Gruppen ... wird es sein, zusammen mit entschlossenen Arbeitern und Angestellten, die Gewerkschaften zu einer betrieblichen Gewerkschaftspolitik zu zwingen“ (S. 168).

Ob die Macht der Kritik sich überschätzt, wird die nähere Zukunft erweisen. Bis heute bleibt Skepsis angebracht; bislang bestehen in der gewerkschaftlichen Organisation weiterhin Tendenzen, kritische Studien als „linksradikal“ abzuqualifizieren. *Ernst Piehl*

Heiner Flohr

Parteiprogramme in der Demokratie

Ein Beitrag zur Theorie der rationalen Politik („Wissenschaft und Gesellschaft“, Schriften des Forschungsinstituts für Gesellschaftspolitik und beratende Sozialwissenschaft, Band 4, hrsg. Ton Gerhard Weisser), Verlag Otto Schwanz 5c Co., Göttingen 1968. 219 S., Ln. 39,50 DM.

Der Autor entwickelt eine normative Konzeption rationaler Politik in der Demokratie und untersucht die Bedingungen ihrer Verwirklichung. Die Mitwirkung des Volkes am politischen Prozeß im demokratisch verfaßten Staat vollzieht sich zwar keineswegs, ausschließlich, aber doch wesentlich in der Wahl. Im Hinblick auf die Ermöglichung einer rationalen Wählerentscheidung wird den Partei-programmen eine besondere Bedeutung beigelegt.

Flohr sucht nach Möglichkeiten, der Wahl in der Demokratie eine größere politische Gestaltungskraft zu geben. Er legt dar, daß die materiale Mündigkeit des Staatsbürgers „erst gegeben ist, wenn er die Möglichkeit hat, auf Grund rationaler Entscheidung für eine bestimmte Politik zu votieren. Ist Demokratie auch schon durch die formale politische Mündigkeit des Bürgers erreicht, so ist damit doch erst das Gerüst gegeben, an dem sich dann errichten muß, was der realisierbare Teil der er-

streben Herrschaft des Volkes ist" (S. 22). Dies impliziert, daß eine Deutung der Wahl als Akt der Anvertrauung (*Sternberger*) abgelehnt und die Wahl als inhaltliche Beauftragung verstanden wird.

Der Bürger kann jedoch den Rationalitätsgrad seiner Wahlentscheidung nur insoweit selbst bestimmen, als ihm Informationen über die von den Parteien im Fall ihres Wahlsieges beabsichtigte Politik zur Verfügung stehen. Parteiprogramme erweisen sich als zweckmäßige Form, das politische Angebot in der Demokratie transparent zu machen. Flohr stimmt *Abendroth* darin zu, „daß die Entpolitisierung des Volkes nur dann vermieden werden kann, wenn die Parteien in der Wahl wirklich alternative Programme und nicht nur alternative Personengruppen anbieten" (S. 48).

Der Verfasser analysiert dann die konsumtiven Eigenschaften rationaler Programme. Er unterscheidet das Grundsatzprogramm, in dem die längerfristigen Ziele festgelegt sind, und das Aktionsprogramm als Konkretisierung des Grundsatzprogramms für die nächste Legislaturperiode. Notwendig ist die Operationalität der Zielaussagen (Vermeidung von Leerformeln und inhaltsarmen Parolen), die zeitliche Begrenzung der Ziele (als Bedingung der Kontrolle) und die Realistik der Ziele. Das Aktionsprogramm muß dabei einen Grad der Konkretion aufweisen, vermöge dessen es „weit in den Entscheidungsbereich ragt, der meist ‚Planung‘ genannt wird" (S. 67).

Im weiteren Verlauf untersucht Flohr die Bedingungen für die Verwirklichung seiner Konzeption. Deren Realisierbarkeit hängt ab von der organisatorischen Gestaltung des Parteienwesens und vom Verhalten der Wähler.

Der Verfasser sieht die Einparteienregierung als Bedingung einer programmkonformen Politik an und lehnt Koalitionsregierungen ab, weil die bei Koalitionen unvermeidlichen Kompromisse nicht durch die Wahlentscheidung legitimiert sind, und weil eine solche Kompromißpolitik nicht geeignet ist, politische Konzeptionen unter Beachtung der Interdependenz der einzelnen Maßnahmen zu realisieren. Deshalb plädiert Flohr für das Zweiparteiensystem und die Mehrheitswahl, wozu allerdings nur die Thesen der *Hermens-Schule* referiert werden. Man bedauert, daß der Autor auf so wichtige Beiträge zu dieser Problematik wie die *infas*-Studie von 1968 und die Auseinandersetzung *Thomas v. d. Vrings* mit der *Hermens-Schule* nicht mehr eingehen konnte.

Eine weitere Anforderung an die Gestaltung des Parteienwesens ist die innerparteiliche Demokratie, die auch bei der Erarbeitung des Programms und bei der innerparteilichen Auseinandersetzung um die Zielsetzungen wirksam werden muß. Das Programm kann zwar

nicht von unten nach oben entwickelt, sondern muß von einer Programmkommission entworfen werden, und die oft amorphen Anregungen der Mitglieder müssen koordiniert werden. Das sollte aber „unter steter Kritik der Parteimitglieder so lange geschehen, bis die Mehrheit der Mitglieder den Entwurf akzeptabel findet" (S. 139).

Als weitere Voraussetzung für die Verwirklichung der Konzeption muß ein bestimmtes Verhalten der Wahlberechtigten erreicht werden. Der Wähler muß die erforderlichen Sanktionen vollziehen, indem er Parteien ablehnt, die kein rationales Programm vorweisen oder sich als wenig programm-treu erwiesen haben. Flohr sieht in der fehlenden Bereitschaft zu einem rational beherrschten politischen Engagement bei einem großen Teil der wahlberechtigten Bevölkerung und in der verbreiteten Mischung aus politischer Resignation und Vertrauen auf Experten „den Engpaß für alle Versuche, zu einer erheblichen Vermehrung rationaler Wahlentscheidungen zu kommen" (S. 181). Er betont die Aufgabe der politischen Bildung, den aktiv-kritischen Staatsbürger zu erziehen, die Tugend vernunftverbundener Kritikfreude zu fördern und diese Kritikfreude nicht zuletzt auf Programmatik und Verhalten der Parteien zu lenken. Zugleich weist er darauf hin, daß eine solche Bildung nur gedeihen kann, wenn sie aus den Strukturen der Gesellschaft selbst Impulse empfängt: „Mit am wichtigsten ist, in welchem Umfang demokratische Willensbildung im scheinbar außerpolitischen Raum praktiziert wird, besonders in Betrieben, doch auch in anderen Institutionen, z. B. in den Hochschulen. Wer in seinem Alltag in allen wichtigen Fragen nur Fremdbestimmung erfährt, der wird sich nicht leicht seine Mitverantwortung in der Politik klarmachen können" (S. 188).

Flohr hat gegen den von einer Pragmatismus-Renaissance geprägten politischen Stil der sechziger Jahre dargelegt, daß sich in der Mißachtung der geistigen Arbeit zur Klärung politischer Ziele und Konzeptionen mangelhafte Logik und politischer Irrationalismus verbinden, und er hat Möglichkeiten gezeigt, wie die Rationalität des politischen Prozesses in der Demokratie erhöht werden kann. Der an Theorie und Politik der Gewerkschaften interessierte Leser des Buches möchte wünschen, daß Flohr eines Tages eine analoge Untersuchung über gewerkschaftliche Programmatik und Politik vorlegt. *Dr. Siegfried Katterle*

Pierre Broué/Émile Témime *Revolution und Krieg in Spanien*

Büchergilde Gutenberg 1969, 720 S., Ln. 16,80 DM.

Nach dem hervorragenden Buch des Engländer *Hugh Thomas* „Der spanische Bürgerkrieg" ist dieses Werk die zweite Überset-

zung, diesmal aus dem Französischen ins Deutsche, das ein wahres und eindrucksvolles Bild des spanischen Bürgerkrieges dem deutschen Leser nach 30 Jahren vermittelt. Es hat noch heute brennende Aktualität, vieles ist sogar heute, nach dem Schrecken des Zweiten Weltkrieges und seiner teils nicht weniger schrecklichen Folgen, leichter zu begreifen als es denen fiel, die damals in diesen spanischen und europäischen Bürgerkrieg freiwillig oder unfreiwillig verwickelt waren.

Man liest als Kritiker mit Erstaunen das Vorwort, in dem die Verfasser schlicht darauf hinweisen, daß sie in wesentlichen Fragen der Beurteilung der Ereignisse und ihrer Deutung verschiedener Meinung sind. Die Sorge was nach einer solchen Feststellung wohl herauskommen kann, schwindet, je weiter man in das Buch eindringt. Gewiß gibt es unterschiedliche Meinungen zum spanischen Bürgerkrieg, aber ihre Wiedergabe durch Historiker, die den jeweiligen Standpunkt selbst teilen, gibt dem Buch echte Authentizität.

Daß sich die Autoren Broue und Temime zusammensetzen, ist für den Leser ein Gewinn. Der eine, man könnte ihn weiter links stehend bezeichnen und darum besonders typisch für die spanische Arbeiterbewegung und den Beginn der Revolution, beschreibt den Militärputsch, seine Niederschlagung im größten Teil Spaniens und die ersten revolutionären Maßnahmen der Arbeiter, Bauern und Milizen; der andere schildert die militärischen Entwicklungen, die internationalen Einflüsse und direkten Interventionen und die bis zum bitteren Ende und dem Sieg der *Franco-Vaschisten* unter entscheidenden Teilen der Republikaner und vor allem der verschiedenen Regierungen vorhandene Hoffnung, durch den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges die Niederlage vermeiden und vielleicht doch noch zu einem Verhandlungsfrieden oder zu einer Intervention der Westmächte zugunsten der Republik kommen zu können. Der erste Teil des Buches beschreibt die Vorstellungen, daß die Republikaner nur aus eigener Kraft siegen können oder untergehen müssen, der zweite Teil die Hoffnung auf die Gegensätze im faschistischen Lager, vor allem aber auf die Zuspitzung der Weltlage nach 1936, die die Westmächte und die Sowjetunion angeblich zwingen würden, an der Seite der Republik einzugreifen, um zu verhindern, daß Spanien im Rücken Frankreichs eine Hilfsstellung der Nazis und Faschisten würde.

Wer auf das Ausland hoffte, voran auf das konservative England, mußte bereit sein, im Inneren Spaniens alle revolutionären Maßnahmen rückgängig zu machen, vor allem den Arbeitern die Fabriken und den Bauern das Land nehmen, deren sie sich in den Revolutionstagen bemächtigt hatten. Diese Vorstellung mußte den Widerstand der bewaffneten Arbeiter und Bauern, auch wenn sie inzwi-

schen zu einer Armee geworden waren, schwächen. Für einen revolutionären Sieg gab es wenig Chancen, da die spanische Republik von den westlichen Demokratien ebenso im Stich gelassen wurde, wie von der Sowjetunion. *Stalin* lieferte zwar zunächst soviel Waffen, daß ein schneller Sieg der Faschisten verhindert wurde. Je länger aber der Krieg dauerte, um so mehr bemühte sich Stalin um eine Verständigung mit den Westmächten auf Kosten der spanischen Republik, kurze Zeit nach dem Sieg Francos sogar um das Bündnis mit Hitler. Nur so ist der Haß der spanischen Kommunisten gegen alle Linken von den Liberalen über die Sozialdemokraten (soweit sie nicht wie *Negrin* und *Álvarez del Vajo* ihr Handwerk betrieben) bis zu den Anarchisten und der POUM zu verstehen. Wer sich nicht fügte, wurde entmachtet oder ermordet. Es war das Vorspiel zu den Ereignissen in Prag, Budapest und Berlin nach dem zweiten Weltkrieg.

Die sorgfältige Chronik der beiden Franzosen gibt ein farbiges, wahres und erschütterndes Bild von dem über 30 Monate währenden Freiheitskampf des spanischen Volkes und einiger tausend Antifaschisten, die ihm aus aller Welt zu Hilfe eilten, darunter viele deutsche Emigranten, die auf diese Weise ihren Kampf gegen Hitler fortgesetzt haben. Diese schlecht ausgerüsteten Idealisten waren ein schwaches Gegengewicht gegen die modernst ausgerüsteten Divisionen der Legion Condor und der italienischen Faschisten.

Das alte Spanien ist wieder auferstanden mit der Herrschaft der Generäle, der Großgrundbesitzer und der Kardinale. Franco lebt noch, wie ein Gespenst aus einer vergangenen Zeit. Eine neue Generation sprengt die veralteten Fesseln. Sie will keinen Bürgerkrieg, aber sie will ein neues, modernes, besseres Spanien.

Peter Blachstein

Charles de Gaulle Memoiren der Hoffnung

Die Wiedergeburt 1958—1962. Mit 29 Dokumentarbildern. Verlag Fritz Molden, Wien-München-Zürich 1971, 480 Seiten, Ln. 26,— DM.

Dem Leser tritt ein de Gaulle gegenüber, wie er ihn in vielen Fernsehsendungen erleben konnte: voller Pathos und mit einem unübertreffbaren Selbstbewußtsein. Die Aufzeichnungen zeigen aber auch, daß der General auf der Grundlage seiner Identifizierung mit einem mit missionarischer Weltverantwortung betrauten Frankreich eine sehr präzise politische Konzeption hatte, daß er eine große Strategie festlegte, bevor er notwendige taktische Schritte vornahm.

Im August 1944 hatte de Gaulle seinen triumphalen Einzug in Paris gehalten. 1946 trat er von seinem Amt als Ministerpräsident

zurück, weil der Streit der Parteien nach seiner Meinung jeden sinnvollen Wiederaufbau verhinderte. Aber er blieb politisch aktiv, hielt zahlreiche öffentliche Versammlungen ab, in denen er seine Auffassung von einer radikalen "Verfassungsänderung propagierte, und gründete die „Sammlungsbewegung des französischen Volkes" (RPF).

Nach einer Wahlniederlage im Frühjahr 1953 löste er diese auf, zog sich auf seinen Landsitz zurück und schrieb seine Kriegsmemoiren. Im Frühjahr 1958 aber waren die Zerstrittenheit der Parteien und die wirtschaftliche und politische Gefährdung Frankreichs so groß, daß „in der Tiefe der Gemüter der Ruf nach de Gaulle als letzter Zuflucht gereift war" und er als der große Retter des Landes auftreten konnte. Er suspendierte das Parlament, nachdem er sich von ihm unbedingte Vollmachten hatte geben lassen. Er bildete eine Regierung ganz nach seinem Geschmack und setzte ein Präsidentschaftskollegium ein, das ihn mit 78 Prozent der Stimmen zum Ministerpräsidenten wählte. Die neue Verfassung war schon vorher durch eine Volksabstimmung in Kraft getreten. Hierbei gab es 17 1/2 Millionen Ja-Stimmen, 4 1/2 Millionen Nein-Stimmen und 15 Prozent Enthaltungen.

De Gaulle hatte, wie er schreibt, schon 1944/45 erkannt, daß die Epoche des Kolonialismus vorüber sei. Er schreckte vor schärfsten Auseinandersetzungen auch mit früheren Freunden nicht zurück und führte unter großen Widerständen und blutigen Kämpfen die Unabhängigkeit Algeriens herbei sowie schrittweise die Selbständigkeit auch der anderen französischen Kolonien.

In einem besonderen Kapitel schildert de Gaulle die unter seiner Führung gemachte Wirtschaftspolitik. Er nennt die Wirtschaft das Fundament der Macht und charakterisiert die oft gehörte Bemerkung, ihn berührten wirtschaftliche Dinge nicht, als geradezu lachhaft. Er habe die Ressortminister und andere Sachverständige zwar genau angehört, sie auch häufig in Privataudienz empfangen, aber die Entscheidungen stets souverän gefällt. Auch auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik setzte er, da sehr rigorose Maßnahmen erforderlich waren, seine ganze persönliche Autorität ein. Er bekundet sich selbst, er habe vor der Alternative: Wunder oder Bankrott eben das Wunder vollbracht.

Frankreichs Stellung zur und sein Wirken in der EWG werden ausführlich behandelt. Für de Gaulle kam immer nur eine Konföderation selbständig bleibender Staaten in Frage, und wichtig war für ihn vor allem die Wahrung französischer Interessen. So rühmt er sich dessen, mit der Drohung eines Austritts aus der EWG die Aufnahme der Landwirtschaft in den gemeinsamen Markt, d. h. die Form der heute noch größte Schwierigkeiten bereiten-

den Agrarmarktordnungen, erzwungen zu haben.

In einem Sonderkapitel „Europa" spielen die Aussöhnung mit Deutschland und die Freundschaft mit Adenauer eine große Rolle. Hier wird de Gaulle's eindeutige Stellungnahme für die Unverletzbarkeit West-Berlins und sein Streben bekundet, in der Welt die Entspannung herbeizuführen. Frankreich solle als Vorkämpfer des Friedens eine internationale Rolle ersten Ranges spielen: „Wie könnte ich nicht entschlossen sein, Frankreich diese Rolle spielen zu lassen!" Ausführlich legt de Gaulle seine Stellung zu den USA sowie zu der Sowjetunion dar, seine harten Auseinandersetzungen mit Chruschtschow und seine Begegnung mit Kennedy.

In einem Kapitel „Das Staatsoberhaupt" wird ergänzt, was in vorhergehenden Abschnitten bereits über de Gaulles Auffassung zur Präsidentschaftsregierung und seine Neigung zu plebiszitärer Regierungsweise gesagt wurde. Volksversammlungen im ganzen Land, das Fernsehen und Pressekonferenzen dienten ihm zur Verbindung mit den breitesten Volksschichten. Bei solchen Anlässen stellte er das große „Gemeinsame", das „Wohl und Prestige" Frankreichs in den Vordergrund. Er vermied kleinliches Geplänkel, prägte sich vorher Niedergeschriebenes fest ein, um keine Brille zu brauchen, und ließ das Volk Auge in Auge „zu den Gipfeln schauen". Er berichtet auch, daß er für Pressekonferenzen fast immer „die richtigen Fragen vorbereiten" ließ, und daß er bei Massenmeetings selbst die Marseillaise anstimmte, die dann alle, stark emotional berührt, mitsangen.

Wiederholt betont de Gaulle, daß er "auf keinen Fall ein Diktator sein wollte.

Frankreich hatte zu einem bestimmten Zeitpunkt in ihm einen Retter. Aber 1969 zeigte sich, daß auch dort die Zeit für Selbstherrlichkeit vorüber war. Als ein Referendum gegen ihn entschied, dankte er ab, um an seinem Landsitz die vorliegenden Memoiren zu schreiben.

Der Wortlaut einer Reihe von Reden und Pressekonferenzen, ein Nachwort des vortrefflichen Übersetzers, eine Zeittafel und ein Personenverzeichnis beschließen das interessante Buch
Irmgard Enderle-

John von Neumann

Die Rechenmaschine und das Gehirn

Reihe Scientia Nova. R. Oldenbourg Verlag, München-Wien, 3. Aufl. 1970. Übersetzung aus dem Amerikanischen von Ch. u. H. Gumin. 80 S., Kunststoffeinband 10,80 DM.

John von Neumann gehört zu den bedeutendsten Mathematikern, welche das 20. Jahrhundert bis heute hervorgebracht hat. Die Vorliegende Monographie ist eine Übersetzung der

englischen Originalausgabe „The Computer and the Brain“, 1958 erschienen. Ein Jahr zuvor war J. v. Neumann seinem schweren Leiden am 8. Februar 1957 erlegen. The Computer and the Brain ist das Fragment einer für die „Silliman Lectures“, eine der ältesten und bedeutendsten akademischen Vorlesungsreihen der Vereinigten Staaten, von J. v. Neumann geplanten Vorlesungsausarbeitung.

Wie weit ist er damit gekommen? J. v. Neumann führt die Funktion des Nervensystems auf zwei Arten von Verarbeitungssystemen zurück, je nachdem, ob arithmetische Formalismen beteiligt sind oder nicht, d. h. ob (arithmetische) Zahlen oder (logische) Befehle verarbeitet werden. Die Verarbeitung von Befehlen wird als Sprache im engeren Sinne, die Verarbeitung von Zahlen als Mathematik zu bezeichnen sein. Dabei muß zwischen Primärsprachen und Primärmathematik, die im Zentralnervensystem verwendet werden, und sekundären Sprachen und sekundärer Mathematik, wie wir sie für gewöhnlich etwa als Griechisch, Sanskrit oder Arithmetik kennen, unterschieden werden.

Die sekundären Strukturen scheinen dabei unserer allgemeinen Erfahrung angepaßt, die primären nicht, wie z. B. die Reorganisationsarbeit der Retina des menschlichen Auges an dem vom Auge wahrgenommenen Bild zeigt. Für diese Reorganisation benötigt die Retina an der Eintrittsstelle des Sehnerven drei aufeinanderfolgende Synapsen — Enden der verzweigten Fortsätze (Axone) eines Zellkörpers (Nervenzelle) — deren Korrekturfunktion (das Aufrichten der „verkehrt“ eintreffenden optischen Bilder) also logischen Schritten entspricht.

Die Theorie dieser Primärsprachen muß sich also auf Struktur Tatsachen im Gehirn aufbauen und das Ziel der Untersuchung ist erreicht, wenn man in dieser Strukturtheorie des Gehirns Konstruktionselemente praktischer oder wenigstens hypothetischer Rechenmaschinen zu erkennen vermag. Vor allem müssen sich im Nervensystem wie bei Rechenmaschinen digitale und analoge Vorgänge nachweisen lassen. Von einem Digitalrechner wird jede Zahl wie beim gewöhnlichen Schreiben und Drucken als eine Folge im allgemeinen dualer oder dezimaler Ziffern dargestellt, wobei z. B. jede einzelne Dezimalziffer durch ein System von Markierungen repräsentiert wird. Ein System, in dem ein elektrischer Impuls auf einer von zehn vorgegebenen Leitungen auftreten kann, ist ein Beispiel für eine Darstellung der Dezimalziffern durch eine zehnerwertige Markierung.

Demgegenüber wird in einem Analogrechner jede Zahl durch eine physikalische Größe

dargestellt, deren "Wert, gemessen in einer vorbestimmten Einheit, gleich der betreffenden Zahl ist. Eine Zahl wird dann z. B. durch den Drehwinkel einer Scheibe, durch einen elektrischen Strom oder eine elektrische Spannung usw. dargestellt. Damit die Maschine rechnen, d. h. mit diesen Zahlen nach einem vorher festgelegten Programm operieren kann, ist es notwendig, Bauelemente zu finden, die mit diesen darstellenden Größen die mathematischen Grundoperationen ausführen können. So kann man verhältnismäßig einfach zwei Ströme addieren oder auch subtrahieren und (schwieriger) durch geeignet konstruierte Netzwerke auch multiplizieren und dividieren. Darüber hinaus kennt man Differentialanalysatoren, in welchen Zahlen durch Drehwinkel von Scheiben dargestellt werden, und ergänzt diese durch Integratoren, welche Stieltjesche Integrale bilden und damit für eine große Klasse von Problemen geeigneter werden als bei Beschränkung des Analogrechners auf die Analoga der arithmetischen Grundoperationen.

Auch Vorgänge, die innerhalb des Nervensystems ablaufen, können teils digitaler, teils analoger Natur sein. Insbesondere gehören Nervenimpulse zum digitalen Teil des Mechanismus. Sie steuern z. B. die Zusammenziehung eines bestimmten Muskels oder die Sekretion bestimmter Chemikalien, welche zum analogen Teil des (Gesamt)mechanismus gehören. Aber auch die weitere Theorie der Rechenmaschinen (hinsichtlich ihrer Genauigkeit, ihrer Programmierungsfähigkeit, ihrer Speichermöglichkeiten) findet ihre Gegenstücke im Mechanismus des Nervensystems und Gehirns. Dabei stößt man jedoch auf ein seltsames Paradoxon: das Nervensystem erweist sich als eine Rechenmaschine, das seine äußerst komplizierte Arbeit zu leisten vermag, obwohl ihm im Einzelschritt nur eine ziemlich niedrige Genauigkeit zukommt. Eine Rechenmaschine, für die gleiche Aufgabe benutzt, verlangt demgegenüber eine weit höhere Genauigkeit im Einzelschritt. Man kann diesen Widerspruch beheben, wenn man annimmt, daß die vom Nervensystem verwendete Darstellungsart statistischer Natur ist. Dann verwendet das Nervensystem jedoch ein Darstellungssystem, das sich von den uns aus der gewöhnlichen Arithmetik und Mathematik bekannten Systemen völlig unterscheidet. Damit sind wir wieder bei den Perspektiven angelangt, auf die wir schon hingewiesen haben. Stellen wir fest: Prometheus hat uns das Feuer vom Himmel gebracht, A. Einstein hat uns ins Atomzeitalter geführt, J. v. Neumann ins Computerzeitalter.

Professor Dr. Max Pinl

In Heft 7/1971 ist auf Seite 425 beim Setzen der Tabelle ein technischer Fehler unterlaufen. Die auf den Kopf gestellte Zeile muß richtig lauten: 1969: 11 911 (Bruttolohn- u. Gehaltssumme), 1 229 (Lohnsteuer), 1 255 (Sozialversicherungsbeiträge). Anm. d. Red.